

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuß**

11. Sitzung  
am Donnerstag, dem 5. Dezember 1996,  
im Sitzungszimmer des Landtages

## **Anwesende Abgeordnete**

Wolfgang Baasch (SPD)

Birgit Küstner (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

in Vertretung von Frauke Walhorn

Uwe Eichelberg (CDU)

Torsten Geerds (CDU)

Gudrun Hunecke (CDU)

stellvertretende Vorsitzende

Kläre Vorreiter (CDU)

Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

## **Fehlende Abgeordnete**

Rolf Schroedter (SPD)

## **Landtagsverwaltung**

RR z.A. Ole Schmidt

## **Weitere Anwesende**

**siehe Anlage**



<b>Tagesordnung</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Krebsregistergesetzes</b>	<b>4</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/277 Umdrucke 14/283, 14/291, 14/302, 14/305	
<b>2. Sexuelle Mißhandlung und sexuelle Vermarktung von Kindern und Jugendlichen</b>	<b>6</b>
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/242, Nr. 4	
<b>3. Verschiedenes</b>	<b>6</b>

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Hunecke, eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Krebsregistergesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/277  
Umdrucke 14/283, 14/291, 14/302, 14/305

Abg. Küstner bringt für die SPD-Fraktion den Änderungsantrag Umdruck 14/305 ein.

Der Ausschuß kommt überein, in die Beratung des Gesetzentwurfs einzusteigen, über den Gesetzentwurf jedoch erst in der nächsten Ausschußsitzung, am 9. Januar 1997, abstimmen zu lassen, so daß dem Landtag zur Januar-Tagung eine Beschlußempfehlung zugeleitet wird.

Die Abgeordneten Eichelberg und Aschmoneit-Lücke machen Bedenken gegen eine Erweiterung von § 6 Abs. 9 um "**Qualitätssicherungsmaßnahmen**" geltend (Nr. 4 des SPD-Antrages). Zielrichtung des Gesetzes müsse einzig und allein die Unterstützung der Forschung bleiben.

Aus dem gleichen Grunde spricht sich auch MDgt Dr. Bäumler gegen die von der SPD beantragte Ergänzung aus. Zum Gesetzentwurf insgesamt erklärt er, auch aus Sicht des

Datenschutzes sei der von der schleswig-holsteinischen Landesregierung eingeschlagene Weg der Meldepflicht wohl die sinnvollste und effektivste Regelung. Um so wichtiger sei es jedoch, das Risiko der Deanonymisierung der Daten soweit wie möglich zu minimieren. Die von der SPD unter Nr. 2 beantragte Einfügung eines neuen Absatzes 1 in § 4 nehme die Petita des Datenschutzbeauftragten auf (vgl. Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten, Umdruck 14/291).

Auch St Dr. Stegner stellt das gewählte Verfahren der Meldepflicht sowie die enge Kooperation mit dem Datenschutzbeauftragten heraus. Mit der Ergänzung in § 6 Abs. 9 um "Qualitätssicherungsmaßnahmen" solle der Diskussion der Gesundheitsminister Rechnung getragen und die Unterstützung nicht allein auf die **klinische** Forschung beschränkt werden, um Fragen der Wirksamkeit von Medikamenten und Kosten im Gesundheitswesen nachzugehen.

MDgt Schloer verweist auf die Grundsaterklärung der Landesgesundheitsminister zum Thema "Qualitätssicherung" und die jüngste Diskussion dazu. Es gehe darum, daß auch der behandelnde Arzt auf Nachfrage eine Rückmeldung über die Wirksamkeit dessen bekomme, was er veranlaßt habe.

Abg. Eichelberg hält an seiner Kritik fest, daß der Begriff "Qualitätssicherungsmaßnahmen" äußerst interpretationsfähig sei; Abg. Aschmoneit-Lücke sieht darüber hinaus durch jede zusätzliche Datenübermittlung das Risiko der Gefährdung der Datensicherheit erhöht.

Auf Anregung von Abg. Eichelberg kommt der Ausschuß überein, die schriftlich Angehörten zu bitten, auch zu dem SPD-Antrag Stellung zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Sexuelle Mißhandlung und sexuelle Vermarktung von Kindern und Jugendlichen**  
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/242, Nr. 4

In Abstimmung mit dem beteiligten Innen- und Rechtsausschuß kommt der Sozialausschuß überein, am 6. Februar 1997, 10.00 Uhr, die Packhaus-Beratungsstelle in Kiel, Herrn Dr. Köhnken aus Kiel, den Frauen- und Mädchen-Notruf in Lübeck, Herrn Drewes, Frau Johns vom Kinderschutzbund/Kinderschutzzentrum Kiel, die Initiative Wendepunkt aus Elmshorn, das Mädchenhaus Lotta in Kiel sowie Frau Staatsanwalt Stahlmann-Liebelt aus Flensburg

anzuhören. Alle anderen von den Fraktionen vorgeschlagenen Organisationen sollen schriftlich angehört werden.

Zu Tagesordnungspunkt 3 - **Verschiedenes** - liegt nichts vor.

Die stellvertretende Vorsitzende, Abg. Hunecke, schließt die Sitzung um 14.40 Uhr.

gez. Hunecke  
stellv. Vorsitzende

gez. Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer